



NICHT EINVERSTAN

Liebe KollegInnen,

der Hamburger Senat möchte seinen BeamtInnen jetzt tatsächlich das Einkommen kürzen. Die beamteten Lehrkräfte und die Lehrkräfte im Ruhestand sind besonders hart betroffen.

- Den aktiven BeamtInnen soll nur noch je 1000 Euro Weihnachtsgeld gezahlt werden (statt wie bisher 66% bis A12 bzw. 60% ab A13 einer monatlichen Besoldung), zusätzlich 300 Euro für jedes Kind

mit Kindergeldanspruch. Das bedeutet für die betroffenen KollegInnen eine jährliche Einkommenskürzung von 1000-2000 Euro.

- Den pensionierten BeamtInnen bis A12 soll nur noch 500 Euro Weihnachtsgeld gezahlt werden (statt wie bisher 66% einer monatlichen Versorgung). Das bedeutet für die betroffenen KollegInnen eine jährliche Einkommenskürzung von 1000-

2000 Euro.

- Den pensionierten BeamtInnen ab A13 soll gar kein Weihnachtsgeld mehr gezahlt werden (statt wie bisher 60% einer monatlichen Versorgung). Das bedeutet für die betroffenen KollegInnen eine jährliche Einkommenskürzung von 2000-3000 Euro.

Diese Senatspläne müssen von der Hamburger Bürgerschaft beschlossen werden, damit sie



DEN!!

Gesetz werden. Das soll im Rahmen der Haushaltsberatungen im Herbst 2011 geschehen.

Die Bewertung der GEW

Diese Planungen sind für uns in keiner Weise akzeptabel. Besonders unfair sind die Streichungen für die PensionärInnen, die darauf vertraut haben, dass ihr Dienstherr sie gerecht behandelt und deren Lebensarbeit so nachträglich entwertet wird.

Für die beamteten Lehrkräfte haben Belastung und Arbeitsumfang in den letzten Jahren zugenommen. Auch die neue Regierung will wieder Reformen und Qualitätsverbesserungen an Schule vornehmen, ohne dass die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Wenn der Senat den Beschäftigten zusätzlich jetzt auch noch das Einkommen kürzt, wird damit deutlich, dass die Regierung auf Motivation

und Wertschätzung ihrer Lehrkräfte keinen Wert legt – ein misslungener Start auch des neuen Schulsenators.

Als Ergebnis bleibt außerdem, dass die Hamburger LehrerInnen auf einen der letzten Plätze im bundesweiten Einkommensvergleich rutschen – und das bei Lebenshaltungskosten, die weit über dem Bundesdurchschnitt liegen. Schon jetzt gibt es Nachwuchsmangel in bestimmten

Fächern, es wird sicher noch schwieriger werden, neue Lehrkräfte zu gewinnen.

Ohne die Protestmaßnahmen und massenhaften Demonstrationen der GEW KollegInnen (auch gemeinsam mit den anderen Gewerkschaften) würden die Senatspläne sicherlich noch schlechter aussehen und das Weihnachtsgeld in Gänze zur Disposition stehen. Diese Proteste haben sicher auch dazu geführt, dass der Senat jetzt bereit ist, das Tarifergebnis (ohne die Einmalzahlungen) auf die BeamtInnen zu übertragen. Das ist aber natürlich keinerlei Grund zum Jubeln.

Was tun?

Die GEW wird diese geplanten Einkommens Kürzungen bekämpfen. Sie hat eine Arbeits-

GEW-Kampagne „Hände weg vom Weihnachtsgeld!“ koordiniert.

Der Hamburger Gewerkschaftstag, das höchste Gremium der GEW Hamburg, hat zudem beschlossen, einen Beamten-Streiktag zu den Haushaltsberatungen vorzubereiten. Wir brauchen eine Perspektive darüber hinaus. Dazu sollten wir die Gleichung aufstellen: Geld gekürzt = Arbeitszeit und Arbeitsbelastung

hat schon Maßnahmen diskutiert wie:

- Boykott der Schulinspektionen
- Boykott der Vergleichstests
- Keine Präsenz an den Präsenztagen.

Die Reihe lässt sich auch im Sinne der von Schulsenator Rabe angeregten „Aufgabenkritik“ leicht fortsetzen.

Wir müssen jetzt einen Beratungsprozess mit möglichst vielen KollegInnen und Betriebsgruppen in Gang setzen zu der Frage, wie wir eine breite

Beteiligung an Protesten hinbekommen.

Diskutiert bitte eure Aktionsvorschläge in den Kollegien und Betriebsgruppen und auch die Frage, ob/wie wir einen großen Streiktag im Herbst zu den Haushaltsberatungen hinbekommen. Zu Entscheidungen über unsere Schritte werden wir zu einer großen Versammlung oder zu einem Sondergewerkschaftstag im September einladen.

Schon jetzt können wir Kontakt zu den SPD Abgeordneten der Bürgerschaft aufnehmen, um sie von unseren berechtigten Anliegen zu überzeugen. Eine Liste senden wir den Vertrauensleuten. Wenn ihr schreibt, schickt bitte eine Kopie an info@gew-hamburg.de, damit wir wissen, was läuft.

Die Betriebsgruppe RuheständlerInnen in der GEW wird auch eigenständige Aktionen machen – sie brauchen die Unterstützung der gesamten GEW.

GEW HAMBURG

Schulterschluss

Kriminalpolizei (BDK), Richter und Staatsanwälte (Hamburgischer Richterverein) und LehrerInnen (GEW) werden die Gehaltskürzungen nicht hinnehmen und die Protestmaßnahmen fortsetzen

Für den Großteil der Kolleginnen und Kollegen bedeuten die Entscheidungen des Senates eine massive, schmerzhaft und so nicht hinnehmbare Gehaltskürzung.

„Aufgrund der bereits über Jahre erfolgten Einkommens Kürzungen, der Streichung des Urlaubsgeldes, der zu zahlenden Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe und der jetzigen Entscheidung besteht die begründete Annahme, dass die Höhe der Bezüge der Hamburger Polizeibeamtinnen und -beamten nicht mehr dem Grundsatz amtsangemessener Alimentation

im Sinnes des Grundgesetzes entspricht. Die Kürzungen wurden stets mit der angespannten Haushaltslage begründet. Eine solche Begründung trägt verfassungsrechtlich aber nicht. Die vom Dienstherrn nach Maßgabe der Verfassung geschuldete Alimentierung ist keine beliebig variable Größe, die sich nach den staatlichen „wirtschaftlichen Möglichkeiten“ oder nach den politischen Dringlichkeitsbewertungen bemessen lässt. Sie hat sich vielmehr an der allgemeinen Einkommensentwicklung zu orientieren. Und genau das werden wir durch Musterklagen prüfen

lassen“, so der Landesvorsitzende des BDK, André Schulz.

„Der Hamburgische Richterverein betreibt für die Richter und Staatsanwälte Hamburgs drei Musterverfahren vor dem Verwaltungsgericht, in welchen die bereits früher schon verfassungswidrig niedrige Besoldung angegriffen wird. Mehrere Hundert Widersprüche von Richtern und Staatsanwälten gegen ihre Besoldung sind im Hinblick auf diese Musterverfahren derzeit ruhend gestellt. Angesichts der beabsichtigten erneuten Besoldungskürzungen werden diese Verfahren umso drängender“, so

Dr. Marc Tully, Vorsitzender des Hamburgischer Richtervereins.

„Die Lebensleistung von Lehrerinnen und Lehrern wird nachträglich entwertet, indem ihnen durch die Streichung des Weihnachtsgeldes die Ruhestandsbezüge massiv gekürzt werden. So geht ein SPD-Senat mit denjeni-

gen um, die 40 Jahre als Beamtinnen und Beamte für die Freie und Hansestadt Hamburg aufopferungsvoll gedient haben und Generationen junger Menschen gebildet und erzogen haben – zum Wohle dieser Stadt!“, so der GEW-Landesvorsitzende Klaus Bullan.

BDK, Hamburgischer Richterverein und GEW werden weitere soziale Einschnitte bei den Kolleginnen und Kollegen nicht widerstandslos hinnehmen! Wir werden deutlich machen, was wir vom Senat und dessen geplanter Sparpolitik halten – und das spürbar.



Kripo, RichterInnen und LehrerInnen lassen sich nicht abspesen und stehen weiter zusammen.